

Impressum: Gewerkschaftsbeirat der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt |
Olof-Palme-Straße 19 | 60439 Frankfurt am Main | Stand: März 2024



Industriegewerkschaft
Baum-Agrar-Umwelt

IG BAU:

Das Original für Beschäftigte

Allgemeiner Hinweis: Die IG BAU bekennt sich zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft und somit zur politischen Neutralität. Sie setzt sich ebenso kritisch und kontrovers mit allen demokratischen Parteien der deutschen Parlamente auseinander. Dies hat sie immer dann getan, wenn sie es für wichtig und im Interesse ihrer Mitglieder erachtet hat, wie es derzeit besonders bei der AfD der Fall ist.

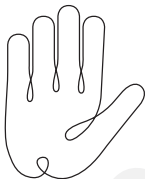
„Die IG BAU bekennt sich zur demokratischen und sozialen Grundordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.“

So steht es seit unserer Gründung in der IG BAU-Satzung. Unsere Aufgabe als Gewerkschaft und Solidargemeinschaft ist es, Kolleginnen und Kollegen dabei zu unterstützen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu gestalten und zu verbessern. Gemeinsam haben wir konkrete Lösungsansätze für die dringenden Herausforderungen unserer Mitglieder erarbeitet. Das unterscheidet uns von der AfD, die lediglich Scheinlösungen in den Raum stellt und keinerlei Alternative aufzeigen kann. Die vorliegende Broschüre verdeutlicht dies anhand zahlreicher Beispiele im Bereich der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Viel Spaß beim Lesen!

Die IG BAU ist für eine angemessene Besteuerung von Reichtum

Dies beinhaltet den Spitzensteuersatz zu erhöhen und Erbschaften fair zu besteuern. Angesichts der hohen Ausgaben während der Corona-Pandemie und geopolitischer Krisen ist es für den Staat wichtig, seine Einnahmen zu stärken. Aus diesem Grund schlägt die IG BAU eine einmalige Lastenabgabe für Vermögende vor, um ausreichende Mittel für wichtige soziale Ausgaben und Investitionen zu generieren.



Die AfD ist für Steuergeschenke an Superreiche

Während die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, sollen Superreiche nach dem Willen der AfD künftig noch weniger Steuern zahlen. Ein Vergleich der Steuermodelle aller Bundestagsparteien zeigt: Unter dem Vorschlag der AfD bleibt für die unteren und mittleren Einkommensgruppen am wenigsten übrig.

Die IG BAU ist gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Beschäftigten.

In Zusammenarbeit mit dem DGB hat sie sich für Entlastungspakete während der Corona-Pandemie und des Ukrainekriegs eingesetzt. Die IG BAU befürwortet das Bürgergeld beizubehalten und zu erhöhen, um allen, die in einer schwierigen Lebenssituation sind, eine umfängliche Teilhabe am Leben zu ermöglichen.



Die AfD ist gegen die Interessen der Beschäftigten

Egal ob Gas- und Strompreisbremse, Energiepauschale, Schutz vor steigenden Mieten oder Verlängerung des Kurzarbeitergeldes – jede Entlastung der abhängig Beschäftigten in der Krise lehnte die AfD ab. Sie ist gegen das Bürgergeld und gegen gute Rahmenbedingungen in der dualen Berufsausbildung, für die die IG BAU seit vielen Jahren kämpft.

Die IG BAU ist für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Seit Jahrzehnten setzt sie sich für gleiche Löhne in Ost und West ein – gegen den massiven Widerstand der Arbeitgeberverbände. Im Gebäudereiniger-Handwerk haben wir dieses Ziel bereits erreicht, während in der Forstwirtschaft ab 2025 und am Bau ab 2026 endlich Gleichheit herrscht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bedeutet jedoch auch, dass Beschäftigte mit Migrationshintergrund fair behandelt werden müssen. Die IG BAU macht sich deshalb gegen einen Unterbietungswettbewerb bei Löhnen stark.



Die AfD ist gegen migrantische Beschäftigte

Dabei haben diese Hand in Hand mit heimischen Beschäftigten die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut und zu einer der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt gemacht. Heute haben weit mehr als die Hälfte unserer Kolleginnen und Kollegen im Gebäudereiniger-Handwerk, der Bau- und Landwirtschaft einen Migrationshintergrund. Die AfD will sie vom deutschen Arbeitsmarkt verdrängen. Doch ohne sie müssten die meisten Betriebe in unseren Branchen schließen.

Die IG BAU ist für eine starke gesetzliche Rente

Sie hat sich für ein Altersflexi-Geld und erfolgreich für die Rente ab 63 eingesetzt, um hart arbeitenden Menschen einen früheren Ausstieg aus dem Berufsleben zu ermöglichen. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung streben wir nach stabilen Leistungen, um ein ausreichendes Einkommen im Alter zu gewährleisten. Die IG BAU fordert die Bürgerversicherung, damit die gesetzliche Rente auch zukünftig die wichtigste Säule der Altersvorsorge bleibt.

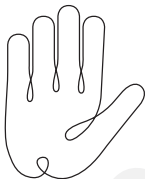


Die AfD ist gegen eine sichere Rente

Statt die gesetzliche Rente zu stärken, setzt die AfD auf individuelle Vorsorge, die vor allem privaten Konzernen und Versicherungen nutzt. Außerdem spricht sich die AfD vehement gegen die Grundrente aus, von der vor allem Geringverdienende und Frauen profitieren.

Die IG BAU ist für gute Tarife und eine starke Mitbestimmung

Gute Tarife und starke Betriebs- und Personalräte tragen dazu bei, hierarchisch strukturierte Unternehmen demokratischer zu gestalten. Unsere Tarifverträge schützen Arbeit und sorgen für ordentliche Löhne, unsere tariflichen Sozialkassen wie die SOKA-BAU erbringen seit Jahrzehnten verlässlich Leistungen in Millionenhöhe, etwa für Urlaub, Zusatzrenten und Azubis. Dort, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, profitieren sie von höheren Gehältern, verbessertem Arbeitsschutz und größerer Zufriedenheit.



Die AfD ist gegen Arbeitnehmerschutz und Mitbestimmung

Immer wieder fordert die AfD den Abbau grundlegender Arbeitnehmer*innenrechte und eine weitere „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“. 2020 hat die AfD-Fraktion im Bundestag faktisch die Zerschlagung der tariflichen Sozialkassen beantragt und will damit direkt an die Geldbeutel der Bauleute gehen. Die demokratische Mitbestimmung im Betrieb lehnt die Partei ab.

Die IG BAU ist für eine sozialverträgliche Klimapolitik

Die Umstellung auf eine CO₂-neutrale Wirtschaft muss die Belange und Bedürfnisse der Beschäftigten angemessen berücksichtigen. Dafür ist es entscheidend, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Transformationsprozess einbezogen werden. Nur so gewinnt die Politik ihre Unterstützung, um eine langfristige und nachhaltige Klimapolitik zu gewährleisten.



Die AfD ist gegen den Klimaschutz

Stattdessen leugnet sie die menschengemachten Ursachen sowie die Gefahren des Klimawandels.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bereichen Bau, Landwirtschaft und Forstwirtschaft leiden bereits heute unter den Auswirkungen von Extremwetter. Jedes Zehntelgrad Temperaturerhöhung hat für sie spürbare Auswirkungen.